Die ersten 100 Tage im Amt: Information des Bundesanwaltes

Offenheit, Vertrauen und Professionalität

Am 1. Januar 2012 hat Michael Lauber nach der Wahl durch das Parlament am 28. September 2011 sein Amt als Bundesanwalt in Bern angetreten. Unmittelbar nach Amtsantritt hat er Gespräche mit Mitarbeitenden und Partnerbehörden aufgenommen, sich einen Überblick verschafft und erste Massnahmen getroffen. Sein Fazit nach fast 100 Amtstagen: Die Bundesanwaltschaft verfügt über motivierte Mitarbeitende, in Fragen der Strukturen und Abläufe konnte Optimierungspotential ausgemacht werden, die wichtigsten Schwerpunkte wurden klar definiert. Bundesanwalt Michael Lauber verfolgt eine Strategie der kleinen aber wirkungsvollen Schritte und setzt dabei auf Offenheit, Vertrauen und Professionalität.

Konstruktive Gespräche auf allen Ebenen

Der Bundesanwalt hat sich in den ersten Wochen intensiv in sein vielfältiges und interessantes Amt einarbeiten können. Er führte mit seinem Stellvertreter und seiner Stellvertreterin, dem Stabschef sowie allen Abteilungs- und Zweigstellenleitern ausführliche und konstruktive Gespräche. Er besuchte sämtliche Zweigstellen und konnte praktisch alle Mitarbeitenden im Rahmen kurzer Vorstellungsgespräche persönlich kennenlernen. In die ersten inzwischen gefällten Entscheide wurden die Geschäftsleitung und die Abteilungs- und Zweigstellenleiter einbezogen sowie die Mitarbeitenden intern orientiert. Darüber hinaus führte der Bundesanwalt in den letzten Wochen eingehende Gespräche mit dem Präsidenten der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft, mit den Exponenten des Bundesstrafgerichtes sowie mit den Direktoren der für die Aufgabenerfüllung der Bundesanwaltschaft wichtigen Bundesämter.

Unabhängige Institution

In den letzten Jahren hat die Bundesanwaltschaft einen Wandel erlebt und sich von einer dem EJPD zugeordneten Behörde zu einer unabhängigen Institution entwickelt, deren höchste Repräsentanten seit 2011 von der Vereinigten Bundesversammlung für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt werden. Die Bundesanwaltschaft ist heute eine von Bundesrat und Bundesverwaltung losgelöste Bundesbehörde, welche der ungeteilten Aufsicht einer ebenfalls von der Bundesversammlung gewählten Aufsichtsbehörde unterliegt. Diese Entwicklung führte zu einer Stärkung des Amtes des Bundesanwalts, welcher über umfassende Organisations- und Führungskompetenzen verfügt. Der Bundesanwalt trägt nicht nur die Verantwortung für eine fachgerechte und wirksame Strafverfolgung auf Bundesebene, sondern auch jene für eine zweckmässig organisierte Bundesanwaltschaft, welche ihre Finanz- und Sachmittel effizient einsetzt. Die Wahl der Staatsanwälte des Bundes, welche vormals durch den Bundesrat erfolgte, obliegt nun alleine dem Bundesanwalt.

Positionierung in der schweizerischen Strafverfolgung

Die Bundesanwaltschaft ist die Staatsanwaltschaft des Bundes. Als solche verfolgt sie die klassischen Staatsschutzdelikte und konzentriert sich darüber hinaus auf Strafverfahren von ausgeprägt internationaler und gesamtschweizerischer Bedeutung mit Schwergewicht auf Wirtschaftskriminalität, Geldwäscherei und Terrorismus. Sodann ist sie auch Vollzugsstelle für Rechtshilfegesuche ausländischer Strafverfolgungsbehörden. Die Bundesanwaltschaft arbeitet eng mit den kantonalen Strafverfolgungsbehörden zusammen und wirkt mit bei der Gesetzgebung des Bundes, insbesondere im Bereich des Straf- und Strafprozessrechtes.

Bundesanwalt Lauber unterstreicht, dass die Bundesanwaltschaft eine dem Recht verpflichtete Strafverfolgungsbehörde ist und auch so wahrgenommen werden soll. Er will seine Amtsperiode dazu benützen, die Reputation und die professionelle Wertschätzung der Bundesanwaltschaft als unabhängige Untersuchungs- und Anklagebehörde des Bundes zu festigen und zu fördern.

Erste Bestandsaufnahme

Der Bundesanwalt stellt fest, dass die Bundesanwaltschaft keine umfassende Reorganisation benötigt. Jedoch müssen die Schwerpunkte der Tätigkeit klarer definiert werden. Zudem konnte er gemeinsam mit der Geschäftsleitung Optimierungspotential in den Strukturen und Abläufen ausmachen. Die Bundesanwaltschaft hat sehr komplexe juristische Fragestellungen zu bearbeiten, verschiedenste Schnittstellen zu organisieren und ist nicht zuletzt eine verzweigte Institution mit vier Standorten in drei verschiedenen Sprachregionen. Deshalb ist es das Ziel, mit einer Strategie der kleinen und konsequenten Schritte die Bundesanwaltschaft für künftige Herausforderungen fit zu halten.

Schwerpunkte für die Amtsperiode 2012 – 2015

Mit dem Setzen thematischer Schwerpunkte kann sich die Bundesanwaltschaft eine gewisse Handlungsfreiheit bewahren, um im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten der Strafprozessordnung und des Offizialprinzips ihren personellen und finanziellen Ressourceneinsatz zu optimieren. Diese Schwerpunkte unterliegen einer regelmässigen Überprüfung. Die Aufsichtsbehörde wird darüber periodisch informiert.

Thematisch wird sich die Bundesanwaltschaft mit folgenden Schwerpunkten befassen:

- Organisierte Kriminalität (insbesondere italienische Organisierte Kriminalität);
- Geldwäscherei;
- Wirtschaftskriminalität;
- Terrorismus;
- Spezialfälle (insbesondere mit aussenpolitischen Implikationen).

Zur Qualitäts- und Effizienzsteigerung werden die Schwergewichte in der Amtsperiode im Besonderen auf die Implementierung eines Verfahrenscontrollings auf Geschäftsleitungsebene und auf die Führung aller Verfahren als geführte Projekte gelegt. Ebenso sollen die Zusammenarbeit mit den Kantonen verstärkt und die IT-Strukturen optimal ausgebaut werden. Bundesanwalt Lauber folgt hier seinen Ankündigungen zum Amtsantritt, die Kantone einerseits stärker einzubeziehen und sie andererseits in Bezug auf die Ressourcen nach Möglichkeit zu entlasten. Dafür sollen zunehmend gemischte Teams aus Angehörigen der Bundesanwaltschaft und kantonaler Strafbehörden übergreifend zusammenarbeiten.

Weiter wird für den Bundesanwalt die Führung der internen und externen Kommunikation in der Bundesanwaltschaft eine zentrale Rolle einnehmen.

Optimierungspotential in den Strukturen und Abläufen

Die Strukturen sollen optimiert werden, um das bei den Mitarbeitenden vorhandene Wissen und ihre Erfahrungen für die Aufgabenerfüllung der Bundesanwaltschaft noch besser zu nutzen.

- Der Bundesanwalt ordnet seinem Stellvertreter und seiner Stellvertreterin klare Funktionen zu und betraut sie mit der Umsetzung der Schwerpunkte für seine Amtsperiode. Sie übernehmen zentrale Aufgaben im Verfahrenscontrolling und in der Führung von Spezialfällen.
- Die Position des Stabschefs wird verwesentlicht, damit er seine Aufgabe, die Unterstützung der Geschäftsleitung und die Koordination der vom Bundesanwalt und seinen Stellvertretenden beschlossenen Umsetzungsmassnahmen, professionell wahrnehmen kann.
- Die Informatik ist für die Bundesanwaltschaft ein strategischer Erfolgsfaktor. Dieser Bereich erfährt deshalb eine grundlegende Aufwertung.
- Mit der Schaffung einer Koordinationsstelle für die Bekämpfung der italienischen organisierten Kriminalität innerhalb der Bundesanwaltschaft wird die Umsetzung einer einheitlichen Strafverfolgung in diesem Bereich sichergestellt.
- Ferner gewährleistet ein Koordinator für den Bereich der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, dass hier ebenfalls in der gesamten Bundesanwaltschaft einheitliche Verfolgungsgrundsätze angewandt werden.
- Es wird eine zweite Abteilung zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität geschaffen, welche insbesondere auch die neuen Kompetenzen der Bundesanwaltschaft im Bereich der Verfolgung von Börsendelikten wahrnehmen wird.
- In einem Kompetenzzentrum Humanitäts- und Kriegsverbrechen werden die zur Bekämpfung dieses Kriminalitätsbereichs vorhandenen Kräfte der Bundesanwaltschaft gebündelt.

Personell bedeutet dies insbesondere auf Stufe der Geschäftsleitung, dass Frau Maria-Antonella Bino sich auf ihre Funktion als Stellvertreterin des Bundesanwaltes fokussiert, um sich vollständig ihren diesbezüglichen, verantwortungsvollen Aufgaben widmen zu können.

Die Umsetzung dieser Entscheide wird Ende 2012 abgeschlossen sein.

In den kommenden Monaten wird es darum gehen, diese Massnahmen umzusetzen und die Fallbegleitung durch Bundesanwalt Michael Lauber auszubauen.